

Inhaltsverzeichnis

1. Amazon	
2. BITKOM	
3. DIGITALEUROPE	
4. Bruegel	
5. EuroCommerce	
6. European Policy Centre	
7. European Internet Foundation	

Amazon

Amazon ist der weltweit größte Internethändler. Das Unternehmen ist bekannt für seine Steuervermeidungstricks und schlechten Arbeitsbedingungen. Außerdem wird Amazon vorgeworfen, seine überragende Marktstellung zu missbrauchen. In Washington und Brüssel betreibt Amazon intensive Lobbyarbeit. Vor allem bei der Gesetzgebung zum EU-Datenschutz wurde der Konzern aktiv. Um Steuern zu sparen lässt Amazon 75 Prozent seiner Geschäfte außerhalb der USA über Tochterunternehmen in Luxemburg laufen.^[1]

Amazon.com Inc.	
Branche	Versandhandel
Hauptsitz	Seattle, Washington
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	Avenue des Arts 27, 1040 Brüssel
Webadresse	www.amazon.com

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	2
1.1 Lobbyarbeit in Brüssel	3
1.2 Lobbyarbeit in den USA	4
2 Regulierungen und Einleitung von Verfahren als Reaktion auf gestiegene Marktmacht	5
2.1 USA	5
2.2 EU	5
2.3 Deutschland	6
3 Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung	6
4 Fallbeispiele und Kritik	7
4.1 2021: Lobbyismus für die Legalisierung von Cannabis in den USA	7
4.2 Big-Brother-Award 2018	7
4.3 2014-2016: Amazon an deutschen Schulen	7
4.4 2013: Lobby Schlacht zur EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)	7
5 Kurzdarstellung und Geschichte	8
6 Weiterführende Informationen	8
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	8
8 Einzelnachweise	8

Lobbystrategien und Einfluss

Amazon hat eigene Lobbybüros in den für Amazon wichtigen Machtzentren, wie Brüssel und Washington. Amazon ist Mitglied in diversen Verbänden und betreibt dadurch indirekt - in Kooperation mit anderen Unternehmen - Lobbyarbeit. Das Unternehmen ist unter anderem Mitglied bei **BITKOM**, einem Digitalverband mit guten Beziehungen zum **Bundeskanzleramt** und dem **Bundeswirtschaftsministerium**. Auf EU-Ebene ist Amazon zudem Mitglied bei **DIGITALEUROPE**, dem wichtigsten Verband der globalen IT-Branche in der EU. In den USA beauftragt Amazon Lobbyfirmen, die das Unternehmen bei speziellen Angelegenheiten vertreten.

Lobbyarbeit in Brüssel

In Brüssel betreibt Amazon ein eigenes Lobbybüro mit 10 LobbyistInnen (4,25 Vollzeitäquivalent).^[2] 5 dieser Interessenvertreter haben einen Hausausweis^[3] für das **Europäische Parlament**.

Ein zentraler Ansprechpartner für Amazon ist der EU-Kommissar für den Digitalen Binnenmarkt, **Andrus Ansip**. Neben den Treffen mit direkten Lobbyisten von Amazon, lässt sich das Unternehmen größtenteils von Verbänden vertreten. Im Jahr 2019 kam es zu 3 Treffen mit Andrus Ansip.^[4] Darüber hinaus stehen vermehrt Treffen mit Kabinettsmitgliedern auf der Tagesordnung., von denen es im gleichen Jahr zu 23 kam.^[5]

Durch die Aufschlüsselung der Lobbyausgaben in Brüssel zeigt sich, wie Amazon seine Lobbyarbeit in den letzten Jahren ausgeweitet hat.

Jahr	Lobbyausgaben in Brüssel (in €)
2020	2,750,000€ - 2,999,999€
2019	1,750,000€ - 2,000,000€
2018	1,750,000€ - 2,000,000€
2017	1,750,000€ - 2,000,000€
2016	1,750,000€ - 2,000,000€
2015	1,500,000€ - 1,750,000€
2014	600,000€ - 700,000€

Quelle: LobbyFacts^[6]

Amazon Europe Core SARL ist u.a. Mitglied der folgenden Lobbyverbände^[7]:

- [Bruegel](#)
- [Computer and Communications Industry Association \(CCIA\)](#)
- [DIGITALEUROPE](#)
- [Ecommerce Europe](#)
- [EuroCommerce](#)
- [European Digital Media Association \(EDIMA\)](#)
- [European eCommerce and Omni Channel Trade Association \(EMOTA\)](#)
- [European Policy Centre \(EPC\)](#)
- [European Internet Services Providers Associations](#)
- [European Internet Foundation \(EIF\)](#)
- [EPIF](#)
- [Fedil-ICT](#)

Lobbyarbeit in den USA

Neben der eigenen Lobbyarbeit hat Amazon im Jahr 2019 neunzehn weitere externe Unternehmen damit beauftragt, die amerikanische Politik in einer Vielzahl von Bereichen wie Steuerreform oder Internetsicherheit zu beeinflussen. Zu den wohl prominentesten Lobbyisten der Unternehmen gehören der ehemalige Senatsmehrheitsführer Trent Lott und der ehemalige Senator John Breaux. Beide haben im Namen von Amazon Lobbyarbeit betrieben.^[8]

Nach Recherchen des Journalisten Alex MacGillis lobbyierte Amazon gegen die Umsatzsteuer, die das Unternehmen bei einem Großteil der Verkäufe von Drittanbietern noch immer nicht berechnete, gegen die Regulierung von Drohnen, von denen es hoffte, sie zum Ausliefern von Paketen einzusetzen und gegen jede Bemühung, das Unternehmen von den US-Kartellbehörden prüfen zu lassen.^[9] Amazon lobbyierte weiterhin, um bei der amerikanischen Post die vergünstigten Zustellpreise zu behalten. Die Lobbytätigkeit betraf auch die Auftragsvergabe der Regierung, weil das Unternehmen hoffte, zentrale Anlaufstation bei allen Anschaffungen des Bundes zu werden.

In den USA kann man anhand der Daten des amerikanischen Lobbyregisters sehen, wie hoch die Zunahme der Lobbyausgaben von Amazon ist. Seit 2012 haben sich die Lobbyausgaben verfünffacht. Die Darstellung des Lobbyregisters in Quartalen zeigt, dass im ersten Quartal 2020 ein Höchstwert von 4,330,000 US\$ erreicht wurde und die Lobbyausgaben von Amazon demnach weiterhin deutlich ansteigen.^[10]

Jahr	Lobbyausgaben in den USA (in US\$)
2020	17,86 Millionen
2019	16,14 Millionen
2018	14,19 Millionen
2017	12,84 Millionen
2016	11,02 Millionen
2015	9,07 Millionen
2014	4,74 Millionen
2013	3,45 Millionen
2012	2,50 Millionen

Quelle: US Lobbyregister^[11]

Regulierungen und Einleitung von Verfahren als Reaktion auf gestiegene Marktmacht

Amazon ist ein stetig wachsender und seine Geschäftsfelder erweiternder Konzern. Die Corona-Krise hat der Expansion einen zusätzlichen Schub gegeben. 2020 stieg der weltweite Umsatz um 38 % auf 386 Mrd. Dollar, der Nettogewinn verdoppelte sich auf 21,3 Mrd. Dollar.^[12] Umsatztreiber waren neben den Cloud-Services (AWS) vor allem das Marktplatz-, Prime- und Werbegeschäft. In Deutschland lag der Umsatz 2020 bei ca. 25,9 Mrd. Euro. Beim Online-Handel in Deutschland konnte Amazon 2020 den Marktanteil um 5 % auf 53 % erhöhen.^[13] Die wachsende Macht der Digitalkonzerne und ihr Aufstieg zu den größten Lobbyakteuren hat zu Debatten um eine Vielzahl kontroverser Themen geführt: Macht der Internetplattformen als Gatekeeper, die Beeinflussung von Wahlkämpfen und öffentlichen Debatten, der Umgang mit Hassrede und Fake News, die Regulierung von Künstlicher Intelligenz, Digitalsteuern, etc.^[14] Die vom Bundesminister für Wirtschaft und Energie eingesetzte Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 ist der Überzeugung, dass die Bestreitbarkeit von Machtpositionen in der Digitalwirtschaft dauerhaft gewährleistet bleiben, ihre Ausnutzung zur Behinderung von Innovation und Wettbewerb unterbunden sowie eine machtbedingte Erstreckung auf weitere Märkte verhindert werden muss.^[15] Insbesondere in den USA, der EU und Deutschland werden Maßnahmen diskutiert und umgesetzt, mit denen die Macht der Konzerne beschränkt und ihre fragwürdigen Geschäftspraktiken unterbunden werden sollen. Die Digitalkonzerne haben deshalb ein starkes Interesse daran, über verstärkte Lobbyausgaben strengere gesetzliche Regelungen zu verhindern. So hat Amazon in den USA die Lobby-Ausgaben 2020 um 9,6 % erhöht.^[16] In Brüssel haben sich die Lobbyausgaben 2020 gegenüber 2019 nicht verändert.

USA

Das Abgeordnetenhaus im amerikanischen Kongress hat am 11. Juni 2021 fünf Gesetzesentwürfe vorgelegt, die es erleichtern könnten, die Internetkonzerne zu zerschlagen und ihnen den Verkauf bestimmter Produkte zu verbieten.^[17] Zugleich sieht sich Amazon kartellrechtlichen Ermittlungen der Federal Trade Commission ausgesetzt. Der Generalstaatsanwalt von New York hat am 25. Mai 2021 Klage gegen Amazon wegen des Missbrauchs seiner überragenden Marktstellung eingereicht.^[18] Amazon verbiete unabhängigen Händlern, ihre Waren auf alternativen Plattformen zu günstigeren Preisen anzubieten und verlange eine Gebühr, die bis zu 40 % des Preises betrage.

EU

Mit dem [Gesetz über digitale Dienste](#) (Digital Services Act) will die Europäische Kommission ein besseres Gleichgewicht zwischen Rechten und Verantwortlichkeiten von Nutzern, Plattformen und Behörden herstellen und das Internet sicherer machen.^[19] Das [Gesetz über digitale Märkte](#) (Digital Markets Act) legt eine Reihe eng definierter objektiver Kriterien für die Einstufung einer großen Online-Plattform als „Gatekeeper“ fest. Diese dürfen gegenüber den von ihnen abhängigen gewerblichen Nutzern und Kunden keine unlauteren Praktiken anwenden, um einen unbilligen Vorteil zu erlangen. Am 24. März 2022 bzw. am 23. April 2022 haben sich EU-Parlament, Kommission und Mitgliedsstaaten auf die endgültige Fassung der genannten Gesetze geeinigt.^{[20][21]}

Deutschland

Im Januar 2021 ist die 10. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB-Digitalisierungsgesetz) in Kraft getreten. Der Gesetzgeber will damit vor allem die Marktmacht großer Digitalkonzerne wie Amazon beschränken. Insbesondere der neue § 19a GWB sieht neue, weitreichende Eingriffsbefugnisse für das Bundeskartellamt gegenüber „Unternehmen mit überragender marktübergreifender Bedeutung für den Wettbewerb“ vor. Im Mai 2021 hat das Bundeskartellamt ein Verfahren eingeleitet, um in einem ersten Schritt zu prüfen, ob Amazon eine solche Bedeutung hat.^[22] Damit führt das Bundeskartellamt insgesamt drei Verfahren gegen Amazon.

Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung

Insbesondere die global operierenden Digitalkonzerne können ihre Gewinne in Staaten mit niedrigen Steuersätzen verlagern und dadurch ihre Effektivsteuern bis auf nahe Null senken, was den Wettbewerb verzerrt und den finanziellen Gestaltungsspielraum der betroffenen Länder vermindert. Amazon hat in den Jahren 2009-2018 knapp 26,5 Mrd. Dollar Gewinn gemacht, aber nur rund 791 Millionen an Steuern gezahlt.^{[23][24]} 2018 soll Amazon auf einen Gewinn von 11,2 Mrd. Dollar sogar eine Steuergutschrift von 129 Mio. Dollar erhalten haben. Die EU-Kommission hat gegen Amazon ein Verfahren wegen der Gewährung unfairer Steuervorteile über ein Steuerkonstrukt in Luxemburg eingeleitet, über dessen Berechtigung das Gericht der Europäischen Union (EuG) im Mai 2021 entschieden hat.^[25] Das Gericht bekräftigte zwar, dass die Kommission derartige Arrangements in Frage stellen dürfe, bemängelte aber, diese habe mit ihrer Methodik nicht nachgewiesen, dass die Steuerlast tatsächlich künstlich verringert worden sei. Der Europaabgeordnete Sven Giengold (Grüne) forderte darauf hin strengere Wettbewerbsregeln, die staatlichen Beihilfen in Form von Steuervergünstigungen enge Grenzen setzen. Vor diesem Hintergrund soll die internationale Unternehmensbesteuerung reformiert werden.

Im Rahmen der OECD haben sich 131 Staaten (Stand: 5. Juli 2021) auf faire Verteilrechte und einen einheitlichen Mindeststeuersatz von mindestens 15 Prozent geeinigt. Am 9./10. Juli haben in Venedig die Finanzminister*innen der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, der G20, das Konzept beschlossen.^[26] Die Besteuerungsrechte sollen tendenziell vom Ort der Produktion dahin gelenkt werden, wo die Produkte vermarktet werden. Dazu soll ein Anteil des Gewinns einer Unternehmensgruppe oder Geschäftssparte den Staaten mittels einer Formel zugeteilt werden. Dabei kommt es nicht darauf an, ob das Unternehmen in dem Staat einen Sitz hat. Neben dem Implementierungsplan der internationalen Staatengemeinschaft beabsichtigt auch die Europäische Kommission, den Prozess eng zu begleiten, um eine zeitnahe und einheitliche Umsetzung innerhalb der Europäischen Union zu gewährleisten. Die Staats- und Regierungschef aus der Gruppe der zwanzig wichtigsten Wirtschaftsnationen (G 20) billigten am 30. Oktober 2021 in Rom das Konzept, auf das sich zuvor 136 Länder verständigt hatten.^[27] Die Reform soll schon im Jahr 2023 in Kraft treten. Für Länder, die bisher stark vom Steuerwettbewerb profitiert haben, sind gewisse Übergangserleichterungen vorgesehen.

Fallbeispiele und Kritik

2021: Lobbyismus für die Legalisierung von Cannabis in den USA

Im September 2021 gab Amazon in einer [Mitteilung](#) bekannt, dass sich der Konzern mit Lobbyarbeit für eine flächendeckende Legalisierung von Cannabis in den USA einsetzt. Amazon unterstütze dabei vor allem zwei Gesetzesentwürfe, die neben einer Legalisierung auch die Rehabilitation bisher verurteilter Straftäter befürworten. Mit einer flächendeckenden Legalisierung würde sich Amazon als Versandhändler ein weites Vertriebsfeld eröffnen. ^[28]

Big-Brother-Award 2018

Für den Sprachassistenten Alexa erhielt Amazon im Jahr 2018 den „Big-Brother-Award“ in der Kategorie Verbraucherschutz. ^[29]

2014-2016: Amazon an deutschen Schulen

Mit dem Schulwettbewerb „Lesen macht Spaß“ hat Amazon, unter dem Vorbehalt der Förderung von Lese- und Schreibkompetenzen, Lobbyarbeit an deutschen Schulen betrieben. Der Wettbewerb fand von Dezember 2014 bis Februar 2015 statt. Dies geschah im Umkreis aller deutschen Logistik- und Kundendienststandorte des Konzerns. Mehr als 200 Grundschulklassen haben an diesem Wettbewerb teilgenommen. Als Siegprämie wurden E-Book-Reader und Gutscheine für das Herunterladen von E-Books spendiert. Aber nicht nur die Gewinner erhielten eine Prämie. Jede teilnehmende Klasse hat einen Amazon-Gutschein im Wert von 50€ erhalten. Durch diesen Schulwettbewerb konnte Amazon unkritische Berichte in den Lokalzeitungen der verschiedenen Städte verbuchen. Viele Bürgermeister der Städte äußerten sich in Zeitungsartikeln durchweg positiv, und die Kritik an dem Konzern bezogen auf schlechte Arbeitsbedingungen und Steuerflucht rückte in den Hintergrund.

Dieser Schulwettbewerb blieb jedoch nicht der einzige. Bereits ein Jahr später, 2016, wurde diese Form des Lobbyismus unter einem neuen Namen bundesweit im Umfeld der Logistikzentren weitergeführt. Mit „Kindle Storyteller Kids“ sollte auch hier wieder die Lese- und Schreibkompetenz der Schüler gefördert werden, indem sie Geschichten schreiben. ^[30] Das Bundesland Hessen hat darauf reagiert und den Wettbewerb verboten. Diesem Beispiel folgten auch die Schulministerien der Bundesländer in NRW und Baden-Württemberg. Auch Bayern und Rheinland-Pfalz stufen den Wettbewerb als kritisch ein. Lediglich das Schulministerium in Sachsen hält den Wettbewerb für unproblematisch, solange es keine reinen Hinweise auf die kommerzielle Nutzung gibt. ^[31]

2013: Lobby Schlacht zur EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Von besonderer Bedeutung war die Lobbyarbeit im Jahr 2013. Amazon war einer der treibenden Kräfte in der „Lobby Schlacht“, als über die Gesetzestexte der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) verhandelt wurde. Der Konzern hat versucht, Europa-Abgeordnete davon zu überzeugen, hunderte von Änderungsanträgen im Interesse von Amazon einzubringen. ^[32] Durch das Webportal LobbyPlag ^[33] hat sich

herausgestellt, dass Änderungsanträge und Passagen, die von Amazon eingebracht wurden, teilweise wortwörtlich von den Abgeordneten des Europa Parlaments übernommen wurden. Das zeigt sich zum Beispiel durch die Streichung des Artikel 7 Absatz 4 der DSGVO, die Amazon in ihrem Lobby-Papier eingebracht hat. Durch die Streichung können Unternehmen Daten verarbeiten, die sie durch ihre Überlegenheit erlangt haben. Dadurch gilt eine Einwilligung zur Datenverarbeitung, auch wenn keine Möglichkeit bestand die Zustimmung zu verweigern.^[34]

Kurzdarstellung und Geschichte

Amazon wurde 1994 als Online-Buchhandel in Seattle gegründet. Das Unternehmen verkauft heute eine große Bandbreite an Produkten und produziert Streaming-Inhalte, Kindle E-Reader und die darauf herunterladbaren Bücher. Seit 2016 vertreibt Amazon zudem den Amazon Echo, einen sprachgesteuerten persönlichen Assistenten Alexa. Außerdem gehört die gewinnträchtige Cloudsparte Amazon Web Services zu deren Kunden u.a. Netflix, Facebook und Zoom gehören, zu den wichtigsten neuen Geschäftsbereichen des Konzerns.

Weiterführende Informationen

- [LobbyControl: Macht der Digitalkonzerne](#)
- [Die Revolution der kleinen Zahl - ausführliche Analyse der globalen Mindeststeuer in der Süddeutschen Zeitung vom 2. Juli 2021](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Mit dieser Methode spart Amazon Steuern](#), deutschlandfunk.de vom 14.05.2021, abgerufen am 05.07.2021
2. ↑ [Amazon Europe Core SARL](#), LobbyFacts vom 30.03.2018, zuletzt aufgerufen am 24.04.2018
3. ↑ [Amazon Europe Core SARL](#), LobbyFacts vom 30.03.2018, zuletzt aufgerufen am 24.04.2018
4. ↑ [Meetings of Vice-President Andrus Ansip with organisations and self-employed individuals](#), European Commission, zuletzt aufgerufen am 24.04.2018
5. ↑ [Meetings of Cabinet members of Vice-President Andrus Ansip with organisations and self-employed individuals](#), European Commission, zuletzt aufgerufen am 24.04.2018
6. ↑ [Amazon Europe Core SARL](#), LobbyFacts vom 30.03.2018, zuletzt aufgerufen am 20.11.2021
7. ↑ [EU Transparenz-Register](#), ec.europa.eu, abgerufen am 11.05.2018
8. ↑ [Lobbyists representing Amazon.com, 2017](#), OpenSecrets, zuletzt aufgerufen am 23.04.2018
9. ↑ Alex MacGillis: *Ausgeliefert - Amerika im Griff von Amazon*, Frankfurt am Main 2021, S. 109
10. ↑ [Query the Lobbying Disclosure Act database: Amazon](#), the United States Senate, zuletzt abgerufen am 24.04.2018
11. ↑ [Query the Lobbying Disclosure Act database: Amazon](#), the United States Senate, zuletzt abgerufen am 24.04.2018

12. ↑ Umsatz: Plus 38 %, Gewinn verdoppelt - das Amazon-Jahr in Zahlen, ibusiness.de vom 15.02.2021
13. ↑ Amazon.e baut Marktmacht deutlich aus, dvz.de vom 18.01.2021, abgerufen am 28.05.2021
14. ↑ Big Tech, big Lobby, lobbycontrol.de vom 23.01.2020, abgerufen am 27.05.2021
15. ↑ Ein neuer Wettbewerb für die Digitalwirtschaft Bericht der Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 September 2019, bmwi.de, abgerufen am 28.05.2021
16. ↑ Big Tech: Rekordausgaben für Lobbyarbeit in den USA, lobbycontrol.de vom 27.01. 2021, abgerufen am 28.05.2021
17. ↑ Amerika knöpft sich seine Tech-Giganten vor, faz.de vom 12.06.2021, abgerufen am 12.06.2021
18. ↑ Amazon accused of unfair pricing policies by Washington DC, bbc.com vom 25.05.2021, abgerufen am 26.06. 2021
19. ↑ Ein Rahmen für die digitale Wirtschaft, hss.de vom 06.04.2021, abgerufen am 27.05.2021
20. ↑ [https://www.lobbycontrol.de/2022/04/frust-und-freude-einigng-beim-digital-markets-act-dma/ Frust und Freude: Einigung beim Digital Markets Act (DMA), lobbycontrol.de vom 22.04.2022, abgerufen am 19.06.2022
21. ↑ EU-Kommission begrüßt die Einigung auf Regeln für Online-Plattformen, bundesregierung.de vom 25.04.2022, abgerufen am 19.06.2022
22. ↑ Verfahren gegen Amazon nach neuen Vorschriften für Digitalkonzerne (§ 19a GWB), bundeskartellamt.de vom 18.05.2021, abgerufen am 20.06.2021
23. ↑ Biden schießt scharf gegen Amazon, tagesschau.de vom 01.04.2021, abgerufen am 28.05.2021
24. ↑ Mit dieser Methode spart Amazon Steuern, deutschlandfunk.de vom 14.05.2021, abgerufen am 05.07.2021
25. ↑ Rückschlag im Kampf gegen Steuertricks, sueddeutsche.de vom 12.05.2021, abgerufen am 29.05.2021
26. ↑ Reform der internationalen Unternehmenssteuer kommt, bundesfinanzministerium.de vom 10.07.2021, abgerufen am 27.07.2021
27. ↑ G 20 billigen Konzept für globale Mindeststeuer, faz.de vom 30.10.2021, abgerufen am 31.10.2021
28. ↑ Amazon setzt sich für die Legalisierung von Cannabis ein rnd.de, vom 23.09.2021, abgerufen am 20.11.2021
29. ↑ Die BigBrotherAwards 2018, BigBrotherAwards, abgerufen am 03.05.2018
30. ↑ Amazon verstößt gegen Schulgesetz ,LobbyControl, 19. Mai 2016, zuletzt abgerufen am 24.04.2018
31. ↑ Amazon verstößt gegen Schulgesetz ,LobbyControl, 07. Juni 2016, zuletzt abgerufen am 24.04.2018
32. ↑ Amazon: lobbying to weaken data privacy rights, refusing lobby transparency, Corporate Europe Observatory, zuletzt aufgerufen am 24.04.2018
33. ↑ Comparison of Amendments ans Lobby Propsals, LobbyPlag, zuletzt aufgerufen am 23.04.2018
34. ↑ Bye bye Datenschutz: EU-Parlament kopiert von Amazon, ebay & Co., Netzpolitik vom 10.02.2013, zuletzt aufgerufen am 07.05.2018

BITKOM

BITKOM ist der Digitalverband der deutschen Informations- und Telekommunikationsbranche. Er unterhält seit seiner Entstehung gute Beziehungen sowohl zum **Bundeswirtschaftsministerium** als auch direkt ins **Bundeskanzleramt**.

**Bundesverband Informationswirtschaft,
Telekommunikation und Neue Medien
(BITKOM)**

Branche	IT & Kommunikation
Hauptsitz	Albrechtstraße 10 10117, Berlin

**Bundesverband Informationswirtschaft,
Telekommunikation und Neue Medien
(BITKOM)**

Lobbybüro

Deutschland

Lobbybüro EU

Webadresse

www.bitkom.org

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Kritik	10
1.1 Nationaler IT-Gipfel	10
1.2 Verein Selbstregulierung und Informationswirtschaft	11
2 Organisationsstruktur und Finanzen	11
2.1 Präsidium und Geschäftsführung	11
3 Kurzdarstellung und Geschichte	11
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	11
5 Einzelnachweise	12

Lobbystrategien und Kritik

Nationaler IT-Gipfel

Auf dem jährlich stattfindenden Nationalen IT-Gipfel kommen Vertreter der deutschen IT-Industrie regelmäßig mit SpitzenpolitikerInnen zusammen und diskutieren mit ihnen die politischen Weichenstellungen für die Branche. Der IT-Gipfel wird federführend vom Wirtschaftsministerium organisiert, allerdings in enger Absprache mit der Bitkom. So tritt beispielsweise, wie bereits in den Jahren zuvor, Bitkom-Präsident Thorsten Dirks gemeinsam in einer Veranstaltungsreihe mit Angela Merkel auf. ^[1] Insgesamt wird der IT-Gipfel jeher von Unternehmensvertretern dominiert, während Vertretern der Zivilgesellschaft kaum ein Platz zur Präsentation ihrer Anliegen eingeräumt wird.

Auch außerhalb des eigentlichen Gipfels arbeiten Bitkom und die Bundesregierung Hand in Hand: Gemeinsam mit Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel leitet Verbandspräsident Thorsten Dirks die Arbeitsgruppe "Digitale Wirtschaft und digitales Arbeiten". Deren Aufgabe ist es, zentrale Handlungsfelder und konkrete wirtschaftliche Projekte auszuarbeiten. ^[2]

Auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE im September 2016 zu Beziehungen von führenden Telekommunikationsunternehmen zur Bundesregierung, antwortete Letztere zwar mit einer langen Liste von offiziellen Treffen mit VertreterInnen der Bitkom und der Deutschen Telekom. ^[3] Die Plattform Netzpolitik.org kritisiert, dass es eine große Dunkelziffer an Lobby-Gesprächen gäbe, denn Zusammentreffen der Unternehmer mit PolitikerInnen am Rande von Festen, Veranstaltungen und sonstigen Anlässen würden nicht registriert. ^[4]

Verein Selbstregulierung und Informationswirtschaft

Um sich in die Diskussion um die europäische Datenschutzrichtlinie einzubringen, gründete Bitkom im Jahr 2011 gemeinsam mit IT-Unternehmen den Verein **Selbstregulierung Informationswirtschaft** (SRIW). Dieser habe nach eigenen Angaben das Ziel, den Verbraucherschutz unter besonderer Berücksichtigung des Datenschutzes zu fördern. Somit soll das „Vertrauen der Nutzer in digitale Produkte und Dienste verbessert und erhalten“ werden.^[5] Entgegen dieser Behauptung strebt der Verein jedoch danach, ein Recht auf Selbstregulierung innerhalb der Branche durchzusetzen, um letztlich mehr gesetzlichen Datenschutz verhindern zu können.^[6]

Organisationsstruktur und Finanzen

Bitkom vertritt mehr als 2.400 Unternehmen der digitalen Wirtschaft, davon 1.600 Direktmitglieder. Sie erzielen mit 700.000 Beschäftigten jährlich Inlandsumsätze von 140 Mrd. € und stehen für Exporte von weiteren 50 Mrd. €. 79% der Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, darunter die **Telekom AG** und **Siemens**, weitere 9% kommen aus Europa.^[7]

Präsidium und Geschäftsführung

- **Thorsten Dirks** (Präsident Bitkom e.V.): CEO und Vorstandsvorsitzender bei **Telefónica Deutschland** Holding AG, bis 2014 Vorsitzender der Geschäftsführung der **E-Plus** Gruppe, die heute Teil von Telefónica Deutschland ist
- **Bernhard Rohleder** (Hauptgeschäftsführer und Mitgründer Bitkom e.V.): Mitglied des Beirats des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet (Divisi), Vertreter der IT-Branche im **Bundesverband der Deutschen Industrie** (BDI, Mitglied der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages "Internet und digitale Gesellschaft (17. Legislaturperiode)

Quellen:^{[8][9]}

Kurzdarstellung und Geschichte

BITKOM entstand 1999 durch die Verschmelzung verschiedener Verbände der Informationstechnik zu einer gemeinsamen Interessenorganisation. Diese vereint derzeit mehr als 2.400 Unternehmen der digitalen Wirtschaft in sich, darunter Global Player der IT-Branche wie etwa **Google**, **Microsoft**, **Siemens** und **IBM**.^[10] 2017 erhielt BITKOM den Negativpreis BigBrotherAward von dem Verein Digitalcourage. Laut Digitalcourage e.V. erhielt BITKOM den Preis wegen seiner zu unkritischen Positionierung zu Big Data sowie wegen ihrer Lobbyarbeit entgegen der Datensicherheit.^[11]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

- ↑ Nationaler IT-Gipfel 2016: Programm, abgerufen am 09.11.2016
- ↑ Arbeitsorganisation IT-Gipfel, abgerufen am 10.11.2016
- ↑ Antwort der Bundesregierung vom 13.09.2016, abgerufen am 09.11.2016
- ↑ Netzpolitik.org/Auflistung Beziehungen, abgerufen am 10.11.2016
- ↑ Der SRIW: Ziele und Aufgaben, abgerufen am 10.11.2016
- ↑ Kritik von Netzpolitik.org am SRIW, abgerufen am 11.11.2016
- ↑ Die Bitkom-Gruppe, abgerufen am 10.11.2016
- ↑ Bitkom Präsidium, abgerufen am 10.11.2016
- ↑ Bitkom Geschäftsführung, abgerufen am 10.11.2016
- ↑ Bitkom/Über-uns, abgerufen am 09.11.2016
- ↑ bigbrotherawards.de Preisträger 2017 BITKOM

DIGITALEUROPE

DIGITALEUROPE (DE) ist der wichtigste Lobbyverband der globalen IT-Branche auf EU-Ebene. Neben 65 der größten Unternehmen der Elektro-, Software- und Telekommunikationsbranche einschließlich den Branchengößen [Google](#), [Apple](#), [Amazon](#) und [Microsoft](#) vertritt DE auch 40 nationale Handelsverbände wie den deutschen Digitalverband [BITKOM](#).^[1]

Erklärtes Ziel von DIGITALEUROPE ist es, „[in der EU] ein Geschäfts- und Regulierungsumfeld zu schaffen, das digitale Industriezweige unterstützt, um Innovation und damit verbundene ökonomische Vorteile wie die Schaffung von Jobs zu fördern“. ^[2] Thematisch fokussiert sich DE vor allem auf Lobbyarbeit zu EU-Gesetzgebungen in den Bereichen Handel, Regulierung und Digitale Wirtschaft. ^[3] Brisante Fallbeispiele für die intensive Lobbyarbeit von DE sind dabei die Gesetzesinitiativen zur Schaffung eines einheitlichen EU-Datenbinnenmarkts und den damit verknüpften EU-Datenschutzgesetzgebungen DS-GVO und ePrivacy wie auch die Handelsabkommen [TTIP](#), [TISA](#) und [JEFTA](#).

DIGITALEUROPE

DIGITALEUROPE

Rechtsform internationaler gemeinnütziger Verein nach belgischem Recht

Tätigkeitsbereich Elektronik, Software und Telekommunikation

Gründungsdatum 1999 als EICTA, 2009 Umbenennung in DIGITALEUROPE

Hauptsitz 14 rue de la Science, 1040 Brüssel

Lobbybüro

- Lobbybüro EU**

Webadresse digitaleurope.org

Inhaltsverzeichnis

1	Lobbystrategien und Einfluss	13
1.1	Digital Advisory Council (DAC)	13
2	Fallstudien und Kritik	14
2.1	EU-Datenschutzgrundverordnung	14
2.2	EU-ePrivacy-Verordnung	15
2.3	EU-Freihandelsabkommen	17
2.3.1	TTIP	17
2.3.2	TISA	18

2.3.3 Bedeutender Lobbyakteur in der EU-Handelspolitik	18
3 Organisationsstruktur und Personal	18
3.1 Verbindungen	19
4 Finanzen	19
5 Einzelnachweise	19

Lobbystrategien und Einfluss

DIGITALEUROPE gilt als eine der aktivsten Lobbyverbände auf EU-Ebene. Er beschäftigt 13 LobbyistInnen, die für das Europaparlament akkreditiert sind. Allein seit der Einführung der neuen Transparenzregeln der **EU-Kommission** seit Ende 2014 absolvierte DE 127 gemeldete Treffen mit Vertretern der EU-Kommission, die meisten davon mit Günther Oettinger (2017-2017 Kommissar für Digitale Gesellschaft und Wirtschaft) und Andrus Ansip (Vizepräsident Kommission, Kommissar digitaler Binnenmarkt) oder deren Mitarbeiter. ^[4] Damit zählt DE zu den Top 5 der aktivsten Lobbyverbände in Brüssel. Allein 18 der Treffen fanden auf Kommissar-Ebene statt, darunter 8 Treffen mit dem Vizepräsident der EU-Kommission und Kommissar für den Digitalen Binnenmarkt **Andrus Ansip** und 7 Treffen mit dem EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft **Günther Oettinger** (bis Ende 2016). Auch mit Oettingers Nachfolgerin **Mariya Gabriel** haben sich Vertreter von DE im Jahr 2017 schon getroffen. ^[5]

Neben klassischer Lobbyarbeit wie Gesetzesvorschlägen und Expertenstellungnahmen versucht DIGITALEUROPE sich dabei unter anderem über eigens installierte Beratergremien als notwendige Expertenlaufstelle für digitale Themen zu positionieren.

Digital Advisory Council (DAC)

DIGITALEUROPE unterstützt die **EU-Kommission** in ihrem Vorhaben, einen europäischen Binnenmarkt für Daten zu schaffen. Die Digitalmärkte aller 27 Mitgliedsstaaten sollen demzufolge mit dem Ziel eines schnelleren Datenaustauschs und der Schaffung neuer Arbeitsplätze zusammengeführt werden. ^[6] Als Teil dieser Unterstützungsmaßnahmen rief DE, 2 Monate nachdem die **EU-Kommission** im Jahr 2015 ihren Plan für einen digitalen Binnenmarkt präsentiert hatte, den Digital Advisory Council (DAC) ins Leben. Dieser setzt sich aus insgesamt 30 Vorstandsvorsitzenden führender globaler und europäischer IT-Unternehmen, welche zum großen Teil auch Mitglieder bei DE sind, zusammen. ^[7] VertreterInnen der Zivilgesellschaft wie Datenschutzorganisationen sucht man im DAC jedoch vergeblich. An der ersten Sitzung dieses Gremiums im Februar 2016 beispielsweise nahmen neben den CEOs von **Google**, **Microsoft**, **SAP** und **Nokia** auch Digitalkommissar Oettinger sowie die EU-Kommissarin für Justiz und Verbraucherschutz, **Vera Jourová**, teil. ^[8] Eines der Hauptziele des DAC ist es „hochrangigen Vertretern der EU-Institutionen jenes Feedback über die großen Entwicklungen in der Digitalbranche zu geben, das diese in technischen Diskussionen über einzelne Gesetzesvorschlägen nicht bekommen“. ^[9] Die regen Bemühungen dahingehend können daran erkannt werden, dass seit Ende 2014 33 Treffen zum Thema EU-Datenbinnenmarkt und weitere 37 Treffen zum Thema Digitale Wirtschaft zwischen DE und Vertretern der Europäischen Kommission stattfanden. ^[4]

Fallstudien und Kritik

EU-Datenschutzgrundverordnung

Im Zuge der Verhandlungen zur neuen EU-Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) kam es zu massiven Lobbybemühungen seitens DIGITALEUROPE und anderen Lobbygruppen. Diese Verordnung sieht unter anderem ein sogenanntes „Recht auf Vergessen“ vor, das Firmen dazu verpflichtet, auf Anfrage ihrer Kunden jegliche personenbezogenen Daten unwiederbringlich zu löschen. DE befürchtete dadurch Einschränkungen und wirtschaftliche Einbußen für Unternehmen ihres Verbandes, welche zu einem guten Teil mit Geschäftsmodellen operieren, die direkt oder indirekt auf der kommerziellen Weiternutzung von Daten ihrer Kunden beruhen. Die Lobbybemühungen von DE und anderen Verbänden wurden dabei vom zuständigen Berichterstatter des EU-Parlaments Jan Philipp Albrecht als so massiv empfunden wie er es bisher „noch nie erlebt“ hätte.^[10] Andere involvierte EU-Parlamentarier bezeichneten die Kampagnen als „Lobbying in noch nie gekanntem Ausmaß“^[10] und „einen der größten Lobbykriege aller Zeiten“.^[11] Auch die damals zuständige EU-Kommissarin [Viviane Reding](#) beschrieb das Lobbying als „absolut heftig und beispiellos“.^[12] Das Ziel von DE war dabei entsprechende Änderungen in den Gesetzesvorschlägen. Solche Änderungen wurden auch tatsächlich mit Erfolg erreicht, wie Untersuchungen der Open-Data Gruppe LobbyPlag zeigen, nach denen der fertige Gesetzesentwurf zahlreiche Abschnitte umfasste, die teils wortwörtlich aus den Arbeitspapieren der Lobbyisten von DE oder ihren Mitgliedern übernommen wurden.^[13] Beispielsweise entsprechen Artikel 79 2a und 2b des abschließenden Gesetzesvorschlag nahezu 1:1 dem Wording des Änderungsvorschlags von DE.^[14] Dabei setzte DE Änderungen durch, die das „Ergreifen von Maßnahmen um sich an die Gesetze zu halten“ und die „sofortige Beendigung des Rechtsverstoß“ als Milderungsgründe für die Strafhöhe bei Verstößen gegen die Datenschutzverordnung vorsehen.^[14] Diese Änderung ist insofern bedenklich, als dass diese zwei Maßnahmen in den meisten Fällen automatisch nach dem Aufdecken eines Verstoßes gegen das Gesetz eintreten, was dazu führt, dass Höchststrafen seltener ausgesprochen werden können. Im Falle der DS-GVO kam auch die allgemeine Ressourcenungleichheit zwischen Unternehmensvertretern und zivilgesellschaftlichen Akteuren zum Tragen, wobei MEPs teilweise überhäuft wurden mit Material von Unternehmen, die Menge an Stellungnahmen von anderen Stakeholdern wie Daten- und Verbraucherschutzorganisationen sich jedoch in Grenzen hielt.^[10] Außerdem berichtete mindestens ein Abgeordneter von dem Effekt, dass die schiere Menge an Papieren, die gelesen werden musste, zum Verlust des Überblicks darüber führte, welche Formulierungen welchen Interessensgruppen zuzuordnen waren.^[15] Daran kann man erkennen wie Ungleichgewichte beim Zugang zu Entscheidungsträgern und in der finanziellen Ausstattung zu effektiven Änderung von Gesetzen im Sinne der Industrie führen können. Unter dem Deckmantel der unbestreitbaren Legitimität der Stakeholder in der Thematik wird somit versucht, Gesetzestexte zu verwässern und die freie politische Willensbildung durch Entscheidungsträger erschwert.

EU-ePrivacy-Verordnung

Die ePrivacy-Verordnung ist eine Spezifizierung der Europäischen Datenschutzgrundverordnung DS-GVO. Hierbei geht es vor allem um datenschutzfreundlichere Software. Sie soll die geltende E-Privacy-Richtlinie (2002/58/EG)^[16] und die ergänzende Cookie-Richtlinie (2009/136/EG)^[17] ablösen – und gemeinsam mit der DSGVO die europäische Datensicherheit dem neuen Stand der Technik und sich neu entwickelnden Plattformen angleichen. Während Telekommunikations-Unternehmen bereits den aktuellen ePrivacy-Regulierungen unterliegen, gilt dies nicht für neuere Kommunikationsplattformen – wie Facebook, Google, Whatsapp oder Skype. Aber auch Presseverleger und die Werbeindustrie selbst sind an der Abschwächung der ePrivacy-Verordnung interessiert.^[18]

Denn: In der ePrivacy-Verordnung geht es vor allem darum, die Daten in der Online-Kommunikation zu schützen. Unternehmen, die die Daten ihrer NutzerInnen dazu verwenden, um zielgerichtete Werbung zu verkaufen, befürchten daher eine Beeinträchtigung ihres Geschäftsmodells. DatenschützerInnen und NetzaktivistInnen dagegen sehen durch die Tätigkeiten der Unternehmen das Recht auf Privatheit und den Schutz der eigenen Daten gefährdet.

Ähnlich wie bei den Verhandlungen zur DS-GVO startete DIGITALEUROPE gemeinsam mit anderen Verbänden auch anlässlich der Verhandlungen zur ePrivacy-Verordnung 2017 eine Lobbykampagne. Bis zur Veröffentlichung des Vorschlags zur ePrivacy-Verordnung durch die Europäische Kommission gab es neben dem Konsultationsprozess mehrere Lobbytreffen von EU-Offiziellen mit großen Kommunikationsfirmen, dazu gehörte neben der Deutschen Telekom, Facebook und Google auch DE.^[19]

In einem ersten Statement im Juli 2016 forderte DE gemeinsam mit 11 anderen Branchenverbänden veröffentlichte die Kommission dazu auf, das Vorhaben einer ePrivacy-Verordnung gänzlich fallen zu lassen. Mit dem Argument, alle ePrivacy-Verordnungen würden sich mit der Datenschutzgrundverordnung überschneiden, plädierten sie im Gegenteil für eine Abschaffung derselben.^[20]

Im Dezember 2016 erschien auf politico eine geleakter Entwurf des Vorschlags der EU-Kommission.^[21] Während Netzaktivisten im Allgemeinen positiv reagierten, waren die Lobbyorganisationen entrüstet.

Am 19. Dezember 2016 traf sich eine informelle Koalition der Lobbyverbände mit dem Kommissar Ansip, darunter auch DIGITALEUROPE. Zwar war das offizielle Gesprächsthema die Datenschutzgrundverordnung, KritikerInnen gehen allerdings davon aus, dass die Lobbyverbände so kurz nach den veröffentlichten Leaks eher die ePrivacy-Verordnung thematisierten.

Am 22. Dezember 2016 veröffentlichte DIGITALEUROPE ein Statement, indem sie den Entwurf kritisierten: Er „risks undermining the balance of the digital ecosystem, is disproportionate and is likely to be ineffective.“ (deutsch: riskiert es, die Balance des digitalen Ökosystems zu untergraben, ist unverhältnismäßig und wahrscheinlich uneffektiv)^[22] Das Statement umfasste 11 Kernkritikpunkte, unter anderem auch zur Vorgabe, Datenschutz in der Werkseinstellung zu verankern (privacy by default) und zu den Cookie-Richtlinien. Es wurde von 11 großen Lobbyverbänden unterschrieben, unter anderem [AmCham EU](#), [EACA](#) und [IAB Europe](#).

Im Januar 2017 veröffentlichte die EU-Kommission den finalen Vorschlag – mit einigen Punkten, die seit dem geleakten Entwurf geändert wurden^[23]. KritikerInnen bemängelten vor allem die fehlende Verankerung der Datensicherheit in der Werkseinstellung (privacy by default) und die fehlende Möglichkeit von Sammelklagen. Dieser Entwurf war Grundlage für einen Entwurf des LIBE-Ausschusses des Europäischen Parlaments. (Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres), der am 20. Juni 2017 vorlag.

Im Europäischen Rat ist die Lage – dank fehlenden Transparenzvorgaben – sehr undurchsichtig. Am 10. Juli wurde ein eigenes Treffen mit Industrievertretern anberaumt, um über Überschneidungen der ePrivacy-Verordnung mit der DSGVO und der Cookie-Richtlinie zu diskutieren, Der Rat teilte mit, dass dazu keine Mitschriften vorliegen. ^[24] Im Juni 2017 fand in Valetta die Digital Assembly 2017 statt. Organisiert hatten diese Konferenz zum Digital Single Market die Kommission und die Maltesische Ratspräsidentschaft. Bei der Veranstaltung, bei der ePrivacy zu den Kernthemen gehörte, sprachen nationale und europäische Offizielle und mit den Themen befasste Abgeordnete – unter anderem Berichterstatter Michal Boni. Während zivilgesellschaftliche Akteure nur sehr gering vertreten waren, war die Privatwirtschaft breit aufgestellt: DE alleine schickte sechs Vertreter, Google sieben, Microsoft vier, Vodafone fünf und Apple drei. Im Sommer 2017 teilten nationale Delegationen ihre Positionen zum Vorschlag mit. Mitgliedsstaaten wie Griechenland, Polen und Lettland Vorschläge machten Vorschläge, die strengeren Datenschutz implizierten. Im August veröffentlichte die deutsche Regierung ihre sehr industriefreundliche Position. Am 08. September legte der Europäische Rat den Mitgliedsstaaten einen Entwurf vor. ^[25] Die Verhandlungen unter den Mitgliedsstaaten zu einer einheitlichen Stellungnahme sind noch nicht abgeschlossen.

Am 29.09.17 verfasste die Industry Coalition for Data Protection, dessen Mitglied DIGITALEUROPE ist, ein Statement an die Abgeordneten, das eindringlich davor warnt, für den Vorschlag zu stimmen. Darin monierten sie, dass die Verordnung es angeblich verfehle, „wichtige [regulatorische] Flexibilität zu gewährleisten, damit Innovation bei digitalen Dienstleistungen und Produkten sich weiterentwickeln kann“. ^[26]

Am 05.10.17 veröffentlichte der Europäische Datenschutzbeauftragte ein Statement zu der ePrivacy-Verordnung. ^[27]

Ab Oktober 2017 begann DE damit, Videos auf Social Media Plattformen wie Youtube oder Twitter zu verbreiten, um Abgeordnete aufzufordern, gegen die ePrivacy-Verordnung zu stimmen, weil sie innovationshemmend sei. ^[28] Im Allgemeinen ähnelte die ePrivacy-Kampagne von DE und anderen Verbänden jener zur DS-GVO. Jan-Philipp Albrecht, Schattenberichterstatter zu ePrivacy, berichtete unter anderem von extrem unangemessenen Lobbying, welches Politikern vorwarf, das Ende von Apps und sogar des ganzen Internets und die Abschaffung von Medien herbeizuführen. ^[29] Neu an dieser Art von Kampagne war vor allem die Verbreitung von falschen Behauptungen, die die Verordnung in schlechtes Licht rücken sollte. ^[30]

Am 19. Oktober 2017 erfolgte die Abstimmung im Ausschuss des Europäischen Parlaments für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE-Ausschuss). Mit 31 zu 24 Stimmen wurde der Bericht der Berichterstatterin Marju Lauristin zu ePrivacy angenommen. Der Vorstoß wurde von KritikerInnen positiv bewertet, er beinhaltet u.a. auch privacy-by-default-Einstellungen. Nach dem Votum im Ausschuss erfolgte am 26.10.2017 die Abstimmung im Plenum. Diese fiel zugunsten des Vorschlags des LIBE -Ausschusses aus. Dieser kann das Europäische Parlament nun in den sogenannten Trilog-Verhandlungen, den Verhandlungen zwischen Europäischem Parlament, EU-Kommission und dem Rat der europäischen Union, vertreten. Um diese zu starten, fehlt allerdings noch eine finale Position des Ministerrates.

Eigentlich sollten diese Verhandlungen spätestens 2019 beginnen, nachdem gegen Ende 2018 eine gemeinsame Position des Ministerrates feststehen sollte. Der Prozess um die Trilog-Verhandlungen verzögerte sich allerdings massiv, weil zum einen die EU-Mitgliedsstaaten das Thema nicht priorisierten, zum anderen, weil die seit Juli 2018 amtierende österreichische Ratspräsidentschaft eine Einigung über eine gemeinsame Position der Mitgliedsstaaten nicht vor den Europawahlen 2019 forciert. Dazu kommt, dass Österreich bereits Vorschläge vorlegte, die das Gesetz an entscheidenden Stellen aufweichen sollte. ^[31] Ob Lobbying gegenüber den Mitgliedsstaaten und der Ratspräsidentschaft stattgefunden hat, ist aufgrund

mangelnder Transparenzbestimmungen auf EU-Ebene nicht direkt einsehbar. Im Dezember 2018 stellte sich allerdings nach einer Anfrage im österreichischen Parlament an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie Norber Hofer heraus, dass es zahlreiche Lobby-Treffen zwischen Mitarbeitern der österreichischen Ständigen Vertretung in Brüssel und Lobbyorganisationen der Digitalbranche, unter anderem auch DIGITALEUROPE, gegeben hatte. Zusätzlich gab es auch Treffen in Wien im Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie. Insgesamt gab es 19 Treffen mit Lobbyisten von Firmen und Verbänden und nur ein Treffen mit der Datenschutz-NGO [European Digital Rights Initiative](#) (EDRI).^[32] Nach Auswertungen von netzpolitik.org haben besonders die großen US-Branchenvertreter leichten Zugang – weil sie sich durch mehrere Organisationen und Branchenverbände vertreten lassen. Netzpolitik.org führt beispielhaft Microsoft an, das in sieben Organisationen vertreten ist, die sich alle mit Vertretern der österreichischen Regierung trafen.^[33]

Am 31.05.18 veröffentlichten zahlreiche Lobbyverbände, darunter [BusinessEurope](#) und DIGITALEUROPE einen gemeinsamen Brief an die Mitgliedsstaaten, indem sie diese nochmals dazu aufforderten, die Gespräche über ePrivacy-Regulierungen nicht „zu übereilt“ (freie Übersetzung) fortzusetzen und die Dialog-Verhandlungen nicht zu starten, bis ein robusterer Ansatz vorliege^[34]. Am 28.11.18 erfolgte ein weiterer Appell an die Mitgliedsstaaten zahlreicher Lobbyverbände, einschließlich DIGITALEUROPE, die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament zu ePrivacy-Regulierungen nicht übereilt zu führen.^[35]

EU-Freihandelsabkommen

DIGITALEUROPE ist schon seit längerem ein genereller Verfechter von vertiefter [regulatorischer Kooperation](#) zwischen den USA und der EU in Handelsfragen.^[36] Wie aus entsprechenden Positionspapieren zu entnehmen ist, fordert DE dabei die Aufnahme eines eigenständigen Kapitels zum Abbau von Regulierungen in der Informations- und Kommunikationsindustrie in EU-Freihandelsabkommen.^[37] So ein Kapitel findet sich beispielsweise im EU-USA-Abkommen ([TTIP](#)) als auch im EU-Japan-Abkommen (JEFTA) wieder.^[38] Das Ziel dabei ist die Schaffung gemeinsamer Standards und der Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse in der Digitalbranche.

TTIP

Im Rahmen der [TTIP](#)-Verhandlungen setzte sich DIGITALEUROPE für die Inklusion eines eigenen Kapitels zur Digitalbranche in dem Abkommen ein.^[39] Des Vorschläge zur Umsetzung dieser Zielvorgaben decken sich hierbei zum großen Teil mit den dementsprechenden Bestimmungen im Transpazifischen Partnerschaftsabkommen (TPP).^[40] Die Übernahme dieser Vorlagen ist insofern problematisch, da TPP zwar Bestimmungen zu Datenschutz und Informationsfreiheit enthält, aber die Ausgestaltung der Regeln vielfach Unternehmensinteressen in die Hände spielt.^[41] Beispielsweise erlauben die im TPP festgeschriebenen Urheberrechtsregeln ein Verbot des Umgehens von sogenannten Digitale-Rechte-Management (DRM) Technologien. Dieses Verbot basiert auf einer Klausel im US-Recht nach der es illegal ist, technische Hürden die urheberrechtlich geschützte Inhalte vor Weiterverbreitung schützen, zu umgehen, auch wenn dies nur zu Zwecken der Entwicklung von Open-Source-Software genutzt wird.^[41] Wie schon bei der DS-GVO

kam auch beim TTIP wieder die allgemeine Unausgewogenheit beim Zugang zu Entscheidungsträgern zwischen Unternehmensvertretern und zivilgesellschaftlichen Akteuren zum Tragen wie Auswertungen der Nichtregierungsorganisation Coporate Europe Observatory zeigen.^[42] DE engagierte sich auch im Rahmen von Öffentlichkeitsarbeit für den erfolgreichen Abschluss der TTIP-Verhandlungen. Dabei war DE auch Teil der Twitter-Kampagne „Alliance4TTIP“ wo auch der europäische Dachverband der Arbeitgeber - [Businessseurope](#) - sowie weitere große Industrieverbände Mitglied waren.^[43]

TISA

Beim Dienstleistungsabkommen [TISA](#) versucht DIGITALEUROPE Einfluss auf die Bestimmungen zum Handel und grenzüberschreitenden Speichern von Daten zu nehmen. DE setzt sich bei vor allem gegen nationale Lokalisierungsbestimmungen und für den freien Fluss von Daten ein.^[44] Diese Lokalisierungsbestimmungen sind DE ein Dorn im Auge, da diese Dienstleister verpflichten, Daten und Informationen ihrer Kunden lokal zu speichern und damit unkontrollierten grenzüberschreitenden Datenfluss einschränken. DE führt dabei eine entsprechende Studie an, die belegen soll, dass Lokalisierung zu höheren Kosten für Firmen im Digitalsektor und damit zu Ineffizienzen bzw. entsprechenden Wachstumseinbußen führt.^[45] Außerdem fordert DE die Abschaffung von Zöllen auf digitale Produkte als auch den Rückbau von nicht-tarifären Handelshemmnissen in der Kommunikations- und Informationsindustrie.^[40] Ähnlich wie bei TTIP decken sich DEs Vorschläge zur Umsetzung dieser Zielvorgaben hierbei zum großen Teil mit den dementsprechenden Bestimmungen im TPP. DE lobbyiert dabei recht unverblümt bei der EU-Kommission für die direkte Übernahme der entsprechenden TPP-Bestimmungen ins TISA-Abkommen wie aus Email-Verläufen zwischen DE und dem Kabinett der zuständigen Handelskommissarin Malmström hervorgeht.^[46] Im Allgemeinen empfindet DE - gemeinsam mit anderen globalen Industrieverbänden - digitalen Protektionismus als „eine der größten Bedrohungen für den Handel im 21. Jahrhundert“.^[47]

Bedeutender Lobbyakteur in der EU-Handelspolitik

Allgemein sucht DIGITALEUROPE bei Handelsfragen sehr intensiv den Kontakt zu Handelskommissarin Malmström und ihrem Kabinett. Allein 13 Treffen von Vertretern von DE mit Kabinettsmitglieder von Malmström fanden zwischen 2014-2017 statt. DE ist damit auf Kabinettssebene der aktivste Lobbyverband zu Handelsfragen.^[48] Wie mithilfe eines IFG-Antrags von Lobbycontrol veröffentlichte interne Email-Korrespondenz belegt, kann sich DE dabei sicher sein, noch am selben Tag nach Anfrage für ein baldiges Treffen mit Kabinettsmitgliedern die Bestätigung für einen Termin innerhalb von fünf Tagen zu erhalten.^[49] Das gibt Einblick, wie exklusiv der Zugang von DE zu Entscheidungsträgern auf höchster EU-Ebene ist.

Organisationsstruktur und Personal

Die Mitglieder von DIGITALEUROPE umfassen 65 der größten und bekanntesten Unternehmen der Elektro-, Software- und Telekommunikationsbranche. Darunter fallen, um nur einige zu nennen, [Google](#), [Apple](#), [Facebook](#) und [Microsoft](#), Huawei, Airbus und Amazon.^[50] Dazu vertritt DE auch 40 nationale Handelsverbände wie den deutschen Digitalverband [BITKOM](#).^[51]

Außerdem unterhält DIGITALEUROPE fünf weitere Arbeitsgruppen, die sich mit den Themenfeldern Verbraucherpolitik, Digitalwirtschaft und Handelspolitik sowie Technologiefragen und dem Nachhaltigkeitsmanagement befassen.^[3] Diese Arbeitsgruppen erarbeiten gemeinsame Positionen und üben erheblichen Einfluss auf die Politikgestaltung der EU aus. Insgesamt verfügt DE auf europäischer Ebene über 14 registrierte Lobbyisten, von denen 13 für den Zugang zu den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments akkreditiert sind.^[52]

Präsident von DIGITALEUROPE ist Markus Borchert, gleichzeitig CEO von Nokia Shanghai und Präsident von Nokia Greater China, sowie ehemaliger leitender Vize-Präsident der europäischen Niederlassung von Nokia. Gemeinsam mit Vize-Präsident Julian David trägt Borchert im Aufsichtsrat von DE die organisatorische Verantwortung für den IT-Verband.^[53] Generaldirektorin von DE ist seit März 2017 Cecilia Bonefeld-Dahl.^[54] Sie löste John Higgins ab, der jahrelang das öffentliche Gesicht des digitalen Sektors in Europa darstellte und regelmäßig als prominenter Redner auf Konferenzen und Zusammenkünften von Vertretern der IT-Branche auftrat.^[55]

Verbindungen

DIGITALEUROPE ist Mitglied bei folgenden Dachverbänden und Initiativen:

- [The Business and Industry Advisory Committee \(BIAC\)](#)^[56]
- [European Services Forum \(ESF\)](#)^[57]
- [Joint Initiative on Standardisation](#)^[58]
- [European Internet Forum \(EIF\)](#)^[59]

Außerdem unterhält DIGITALEUROPE Verbindungen zu den folgenden Dachverbänden:^[60]

- [European Automobile Manufacturers Association \(ACEA\)](#)
- [Alliance on Internet of Things Innovation](#)
- [European Committee for Standardization \(CEN\)](#)
- [European Committee for Electrotechnical Standardization \(CENELEC\)](#)
- [European Innovation Partnership \(EIP\) on Raw Materials](#)
- [European Policy Centre \(EPC\)](#)
- [European Telecommunications Standards Institute \(ETSI\)](#)

Finanzen

DIGITALEUROPE finanziert sich aus den Mitgliedsbeiträgen seiner Mitglieder. Dem EU-Transparenzregister zufolge gab DE im Jahr 2018 rund 1,05 Mio. Euro für Lobbyaktivitäten aus und erhielt über die öffentliche Auftragsvergabe 24.280 Euro aus EU-Mitteln.^[52] Zum Vergleich: Der größte Lobbyverband in Brüssel, [BusinessEurope](#), verfügte im Jahr 2018 über ein Lobbybudget von 4 Mio. Euro während die finanziellen Mittel der [Volkswagen AG](#) für EU-Lobbying 2,7 Mio. Euro betragen.^{[61][62]}

Einzelnachweise

1. ↑ [Members](#), digitaleurope.org, abgerufen am 15.03.2019
2. ↑ [About Us](#), digitaleurope.org, freie Übersetzung, abgerufen am 22.11.2018

3. ↑ ^{3,03,1} [Policies](#), digitaleurope.org, abgerufen am 15.03.2019
4. ↑ ^{4,04,1} [Lobby meetings with EU Commission](#), integritywatch.eu, abgerufen am 15.03.2019
5. ↑ [Meetings of Cabinet members of Commissioner Mariya Gabriel with organisations and self-employed individuals](#) , ec.europa.eu, abgerufen am 23.01.2018
6. ↑ [Prioritäten der EU-Kommission](#), ec.europa.eu, abgerufen am 23.01.2018
7. ↑ [Digital Advisory Council Members](#), digitaleurope.org, abgerufen am 23.01.2018
8. ↑ [Facebook DIGITALEUROPE](#), facebook.com, abgerufen am 23.01.2018
9. ↑ [Our Work: Digital Advisory Council](#), digitaleurope.org, freie Übersetzung, abgerufen am 23.01.2018
10. ↑ ^{10,010,110,2} [Internetkonzerne schreiben bei Datenschutzregeln mit](#), sueddeutsche.de vom 11.02.2013, abgerufen am 23.01.2018
11. ↑ [US lobbyists discovered to be rewriting EU data legislation](#), mintpressnews.com vom 18.03.2013, freie Übersetzung, abgerufen am 23.01.2018
12. ↑ [EU privacy regulations subject to unprecedented lobbying](#), telegraph.co.uk vom 08.02.2012, freie Übersetzung, abgerufen am 23.01.2018
13. ↑ [Lobbyplag](#), lobbyplag.eu, abgerufen am 23.01.2018
14. ↑ ^{14,014,1} [IMCO pub](#), europe-v-facebook.org, Seite 5, abgerufen am 23.01.2018
15. ↑ [Lobbyists' demands were 'copied into law by MEPs'](#), independent.co.uk vom 13.02.2013, abgerufen am 23.01.2018
16. ↑ [Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften](#) abgerufen am 28.11.18
17. ↑ [Amtsblatt der Europäischen Union](#) abgerufen am 28.11.18
18. ↑ [\[1\]](#), European Parliament, abgerufen am 28.11.18
19. ↑ [Big Data is watching you](#) corporateeuropeobservatory am 17.10.17, abgerufen am 28.11.18
20. ↑ [Joint Industry Statement Euroipsa](#) am 05.07.16, abgerufen am 28.11.18
21. ↑ [Eprivacy leaked draft: the ‚good‘, the ‚bad‘ and the ‚missing‘](#) International Association of Privacy Professionals am 13. 12.16, abgerufen am 28.11.18
22. ↑ [Big Data is watching you](#) corporateeuropeobservatory am 17. Oktober 2018, abgerufen am 28.11.18
23. ↑ [Regulation on Privacy and Electronic Communications](#) European Comission am 10.01.17, abgerufen am 28.11.18
24. ↑ [\[2\]](#) asktheeu.org, abgerufen am 28.11.18
25. ↑ [\[3\]](#) Council of the European Union am 08.09.17, abgerufen am 28.11.18
26. ↑ [Open Letter to members of the European Parliament](#), developersalliance.org vom 26.09.2017, freie Übersetzung, abgerufen am 23.01.2018
27. ↑ [\[4\]](#) European Data Protection Supervisor am 05.10.17, abgerufen am 28.11.18
28. ↑ [The impact of the European ePrivacy regulation](#) DigitalEurope Youtube am 20.10.17, abgerufen am 28.11.18
29. ↑ [Inside the ePrivacy Regulation's furious lobbying war](#), iapp.org vom 31.10.2017, abgerufen am 23.01.2018
30. ↑ [ePrivacy-Mythen unter der Lupe: „Eine der schlimmsten Lobby-Kampagnen, die wir je erlebt haben“](#) , netzpolitik.org vom 11.12.2017, abgerufen am 23.01.2018
31. ↑ [Wie Europa den Schutz gegen Tracking im Netz aufs Abstellgleis manövriert](#) netzpolitik.org am 15.10.18, abgerufen am 28.11.18
32. ↑ [Antwort zur Parlamentarischen Anfrage an Norbert Hofer](#) parlament.gv.at am 11.12.2018, abgerufen am 18.12.18
33. ↑ [Österreich verzögert EU-Datenschutz-Reform nach zahlreichen Lobbytreffen](#) netzpolitik.org am 17.12.18, abgerufen am 18.12.18

34. ↑ [Joint industry letter on the future of the ePrivacy Regulation](#), digitaleurope.org am 31.05.18, abgerufen am 29.11.18
35. ↑ [Joint Industry letter in the ePrivacy Regulation](#) digitaleurope.org am 28.11.18, abgerufen am 29.11.18
36. ↑ [DIGITALEUROPE Position on the EU-US Regulatory Cooperation](#), digitaleurope.org, abgerufen am 23.01.2018
37. ↑ [DIGITALEUROPE contribution to the European Parliament's Working Document on A Digital Trade Strategy for the European Union](#), digitaleruoep.org, Seite 4, abgerufen am 23.01.2018
38. ↑ [EU-Japan trade agreement not compatible with EU data protection](#), edri.org vom 10.01.2018, abgerufen am 23.01.2018
39. ↑ [DIGITALEUROPE advocates for an ICT chapter in TTIP](#), digitaleurope.org, abgerufen am 23.01.2018
40. ↑ ^{40,040,1} [DIGITALEUROPE assessment of the Trans-Pacific Partnership \(TPP\) Provisions: Our recommendations for the Transatlantic Trade and Investment Partnership \(TTIP\) and the Trade in Services Agreement \(TISA\)](#), digitaleurope.org, abgerufen am 23.01.2018
41. ↑ ^{41,041,1} [How the TPP Will Affect You and Your Digital Rights](#), eff.org vom 08.12.2015, abgerufen am 23.01.2018
42. ↑ [European Commission preparing for EU-US trade talks: 119 meetings with industry lobbyists](#), corporateobservatory.org vom 04.09.2013, abgerufen am 23.01.2018
43. ↑ [Twitter-Account @Alliance4TTIP](#), twitter.com, abgerufen am 23.01.2018
44. ↑ [Letter to Commissioner Malmström on 13th October 2016](#), asktheeu.org, abgerufen am 23.01.2018
45. ↑ [Letter to Commissioner Malmström on 21st November 2014](#), asktheeu.org, abgerufen am 23.01.2018
46. ↑ [E-Mail von DIGITALEUROPE an EU-Kommissarin Malmström vom 14.01.2016](#), asktheeu.org, abgerufen am 23.01.2018
47. ↑ [Global industries urges trade ministers to advance a digital trade agenda in TISA negotiations](#), digitaleurope.org, abgerufen am 23.01.2018
48. ↑ [Meetings of Cabinet members of Commissioner Cecilia Malmström with organisations and self-employed individuals](#), ec.europa.eu, abgerufen am 23.01.2018
49. ↑ [E-Mail Verlauf von DIGITALEUROPE mit Kabinett Malmström vom 15.07.2016](#), asktheeu.org, abgerufen am 23.01.2018
50. ↑ [Corporate Members](#), digitaleurope.org, abgerufen am 15.03.2019
51. ↑ [National Trade Associations Members](#), digitaleurope.org, abgerufen am 23.01.2018
52. ↑ ^{52,052,1} [Transparenzregister-Eintrag von DIGITALEUROPE](#), ec.europa.eu, abgerufen am 15.03.2019
53. ↑ [Executive Board](#), digitaleurope.org, abgerufen am 23.01.2018
54. ↑ [Cecilia Bonefeld-Dahl as Director General](#), digitaleurope.org, abgerufen am 15.03.2019
55. ↑ [John Higgins Biography](#), ec.europa.eu, abgerufen am 23.01.2018
56. ↑ [BIAC Members](#), biac.org, abgerufen am 23.01.2018
57. ↑ [ESF Members](#), esf.be, abgerufen am 23.01.2018
58. ↑ [Joint Initiative on Standardisation](#), ec.europa.eu, abgerufen am 23.01.2018
59. ↑ [EIF Members](#), eifonline.org, abgerufen am 23.01.2018
60. ↑ [Lobbyfacts-Eintrag DIGITALEUROPE](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 23.01.2018
61. ↑ [Lobbyfacts-Eintrag Business Europe](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.03.2019
62. ↑ [Lobbyfacts-Eintrag VW](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.03.2019

Bruegel

Bruegel (Brussels European and Global Economic Laboratory) ist eine Denkfabrik, die von Großkonzernen sowie von Regierungen und Zentralbanken/staatlichen Finanzinstituten mehrerer EU-Länder getragen wird. Bruegel beschäftigt sich mit der Erarbeitung von Konzepten zur internationalen - insbesondere europäischen - Wirtschaftspolitik. Die Mitwirkung in Bruegel bietet für die beteiligten Konzernvertreter darüber hinaus die Möglichkeit, Regierungsvertreter im Sinne ihrer eigenen wirtschaftlichen Interessen bei der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für marktmächtige Unternehmen informell zu beeinflussen.

Bruegel

[[Bild:<datei>|center]]

Rechtsform AISBL, internationale Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht nach belgischem Recht

Tätigkeitsbereich Denkfabrik und Lobbyorganisation

Gründungsdatum 2004

Hauptsitz Rue de la Charité 33, 1210 Brussels /Belgien

Lobbybüro

Lobbybüro <text>

Webadresse EU

Webadresse www.bruegel.org

esse

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	22
2 Organisationsstruktur und Personal	23
2.1 Mitglieder	23
2.2 Direktor	23
2.3 Board/ Verwaltungsrat	24
2.4 Wissenschaftlicher Beirat/ Scientific Council	24
2.5 Verbindungen	24
3 Finanzen	25
4 Lobbystrategien und Einfluss	25
5 Fallstudien und Kritik	25
6 Weiterführende Informationen	25
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	25
8 Einzelnachweise	25

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Idee, eine Denkfabrik unter Beteiligung von Großkonzernen, Regierungen von EU-Mitgliedstaaten und Institutionen von EU-Mitgliedstaaten (Zentralbanken und staatliche Finanzinstitute) zu gründen, entstand Ende 2002 im Rahmen von privaten Treffen von politischen Entscheidungsträgern und Unternehmensführern. Die Idee wurde dann von den Regierungen Schröder und Chirac aufgegriffen und fand Eingang in die gemeinsame Erklärung zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages vom 22. Januar 2003,

die unter Punkt 30 eine europäische Initiative mit dem Ziel, ein Europäisches Zentrum für Internationale Wirtschaft zu schaffen, vorsieht. Eine Projektgruppe erarbeitete in der Folge mit Unterstützung durch französische und deutsche Ministerien ein Konzept. Im Dezember 2004 wurde von Vertretern von 12 europäischen Regierungen und 17 führenden europäischen Konzernen der erste Verwaltungsrat gewählt und eine Anschubfinanzierung in Höhe von 5 Millionen Euro beschlossen.

Quelle: ^[1]

2012 waren 17 Regierungen von EU-Mitgliedsstaaten, 24 international tätige Konzerne und 6 Institutionen (europäische Zentralbanken und staatliche Finanzinstitute) Mitglieder von Bruegel.

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder

Regierungen:

- Österreich, Belgien, Zypern, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Irland, Italien, Luxemburg, Polen, Slowakei, Spanien, Niederlande, Schweden, Großbritannien

Unternehmen:

- Zu den 24 Unternehmen gehören u.a.: [Deutsche Bank](#), [Deutsche Telekom](#), [Goldman Sachs](#), [Google](#), [ebay](#), [Microsoft](#), [Morgan Stanley](#), [Shell](#), [Standard & Poor´s](#) und die [UBS](#)

Institutionen:

- Banque de France (französische Zentralbank), Groupe Caisse des Depots, Danmarks Nationalbank (dänische Zentralbank), [European Bank for Reconstruction and Development](#) (EBRD, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung), European Investment Bank (Europäische Investitionsbank), National Bank of Poland (polnische Zentralbank)

Quelle: ^[2]

Direktor

- Direktor von Bruegel ist [Guntram Wolff](#).^[3]

Board/ Verwaltungsrat

Jean-Claude Trichet
(Vorsitzender)

- [Europäische Zentralbank \(EZB\)](#), ehem. Präsident
- [Trilaterale Kommission](#), Vorsitzender der Europäischen Region

Wolfgang Franz

- [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung \(SVR\)](#), ehem. Vorsitzender
- [Ernst & Young](#), Mitglied des Aufsichtsrats

Wolfgang Kopf

- [Deutsche Telekom AG](#), Leiter Politik und Regulierung, d.h. Cheflobbyist

Andreas Penk

- [Pfizer Germany](#), Vorsitzender des Vorstands

Weitere Mitglieder:

Carlos Egea, Anna Ekström, Iñigo Fernandez de Mesa, Jerzy Hausner, Vincenzo La Via, Rachel Lomax, J.A. (Hans) Vijlbrief

(Stand: Mai 2014) Quelle: ^[4]

Wissenschaftlicher Beirat/ Scientific Council

- [Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen](#), Geschäftsführender Direktor
- [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen](#), Vorsitzender
- [ECONWATCH](#), Mitglied des Kuratoriums

Weitere Mitglieder:

Giuseppe Bertola, Sergei Guriev, Philippe Martin, Kevin O'Rourke, Lucrezia Reichlin, Paul Seabright

(Stand: Mai 2014) Quelle: ^[5]

Verbindungen

Bruegel gehört zum [Transatlantic Policy Networkk \(TPN\)](#)

Finanzen

Laut Geschäftsbericht 2013 lag das Budget bei knapp 4 Mio. Euro. Bruegel finanziert sich hauptsächlich über Mitgliedsbeiträge. Unternehmen zahlen einen Jahresbeitrag von 50.000 €. Die Beiträge der Regierungen sind abhängig von der jeweiligen Landesgröße. Nach eigenen Angaben trägt kein Mitglied mehr als 3-5% zum jährlichen Budget bei. Fast ein Viertel des Jahresbudgets (mehr als 800,000€) entfällt auf die Unternehmensbeiträge.

Lobbystrategien und Einfluss

Ziele, Interessen, Ausrichtung (national vs. europ/internat.), Politikfelder; erkennbare Konstanten, Einflusstategien; Abschätzung des Einflusses; Wichtigkeit des Akteurs

Bruegel gehört zu den einflussreichsten Think Tanks weltweit. Think Tank Watch benennt den Einfluss von Bruegel für das Jahr 2014 folgendermaßen:^[6]

- Platz 2 Top Think Tanks World Wide (Non-US)
- Platz 2 Top Think Tanks in Western Europe
- Platz 2 Top International Economic Policy Think Tanks
- Platz 3 Think Tanks with the Most Significant Impact on Public Policy

Fallstudien und Kritik

genauere Recherchen zu einzelnen Lobbyprojekten, Kampagnen

Weiterführende Informationen

- ...

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [History and name](#), Website bruegel, abgerufen am 26. Mai 2013
2. ↑ [Webseite Bruegel - Membership](#) abgerufen am 25.05.2013
3. ↑ [Guntram B. Wolff Director](#) Webseite Bruegel, abgerufen am 03.05.2014
4. ↑ [Bruegel board](#) Webseite Bruegel, abgerufen am 03.05.2014
5. ↑ [Bruegel's Scientific Council](#) Webseite Bruegel, abgerufen am 03.05.2014
6. ↑ [Think Tank Watch](#), abgerufen am 30.07.2014

EuroCommerce

EuroCommerce vertritt die Interessen von Einzel- und Großhändlern auf europäischer Ebene. Die Organisation umfasst nationale Verbände aus 31 Ländern sowie 5,4 Mio. Unternehmen - darunter führende multinationale Einzelhändler, wie Lidl, Metro Group oder Tesco, aber auch viele kleinere und mittlere Unternehmen. 2015 hat EuroCommerce ca. 450.000EUR für Lobbyarbeit in Brüssel aufgebracht.^[1]

EuroCommerce



Rechtsform	A.I.S.B.L.
Tätigkeitsbereich	Gewerbe- und Wirtschaftsverband
Gründungsdatum	1993
Hauptsitz	Brüssel
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	eurocommerce.eu

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	26
2 Ausgaben für Lobbyarbeit	27
3 Fallbeispiele und Kritik	27
3.1 EuroCommerce und TTIP	27
3.2 Seitenwechsel von Neil McMillan: Von der britischen Regierung zu EuroCommerce	27
4 Weiterführende Informationen	28
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	28
6 Einzelnachweise	28

Lobbystrategien und Einfluss

EuroCommerce betreibt Lobbyarbeit über Kontakte zu den Institutionen der EU; sie sind Mitglied in diversen beratenden Ausschüssen der Kommission und in den interfraktionellen Arbeitsgruppen SME intergroup (*small and medium-sized enterprises*) sowie der **Kangaroo Group**. Besonders die Kangaroo Group ist in der Vergangenheit durch ihre einseitige Konzernnähe aufgefallen.

EuroCommerce hat im **EU Transparenzregister** 14 Lobbyisten eintragen lassen, welche über Zugang zu den Räumlichkeiten des **EU-Parlaments** verfügen.^[2] Insgesamt hat der Verband ein Team von 20 Politikberatern und Kommunikationsspezialisten im Büro in Brüssel.

Da der Groß- und Außenhandel der zweitgrößte Arbeitgeber in Europa ist, der jeden siebten Arbeitsplatz generiert und 13% der europäischen Arbeitskraft ausmacht, umfasst EuroCommerce vielseitige Interessen und hat einen großen Einflussbereich.^[3] Die Interessen reichen von Handel, Wettbewerb, Steuern und Energie über Beschäftigung, Ernährungssicherheit, öffentliche Gesundheit und Umweltaspekte.^[4]

Alleine in den letzten zwei Jahren, von 12/2014 bis 12/2016, ist EuroCommerce mit 10 Treffen der häufigste Gast im EU Kabinett für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU.^[5]

Ausgaben für Lobbyarbeit

Schätzungen des EU-Transparenzregisters zufolge, lagen die Kosten für ihre Lobbyarbeit bei 400.000EUR bis 499.999EUR im Geschäftsjahr 1/2015 – 12/2015. Im gleichen Geschäftsjahr erhielt EuroCommerce von der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration Zuschüsse in Höhe von 29.614.943EUR.^[6] Auf die direkte Nachfrage von [LobbyControl](#), welchen Verwendungszweck die Zuschüsse verfolgten, meldete sich EuroCommerce nicht zurück.

Fallbeispiele und Kritik

EuroCommerce und TTIP

EuroCommerce hat ein großes Interesse an dem Freihandelsabkommen zwischen der USA und Europa und trägt einen aktiven Teil zu der politischen Diskussion diesbezüglich bei. In einem Positionspapier von 2014 „TTIP: A Good Deal for Europe“ betont der Verband den großen Nutzen von TTIP für den Groß- und Einzelhandel.^[7] Unter dieser Überschrift hat auch Harald Past, Berater für Handel und Steuern bei EuroCommerce, auf einem Stakeholder Event der Europäischen Kommission im Juli 2014 die Interessen des Verbands vertreten.^[8] Einer der wichtigsten Aspekte und gleichzeitig ein starkes politisches Argument ist der vermeintliche Wachstumseffekt durch TTIP und der damit einhergehende Anstieg an Arbeitsplätzen. EuroCommerce spricht sich für eine Harmonisierung der Zertifizierung und der regulatorischen Prozesse aus, sodass die dadurch entstehenden nichttarifären Handelshemmnisse in Form von Koordination und Bürokratie abgebaut werden. Außerdem befürwortet der Verband die Regelung eines intensiveren grenzüberschreitenden Datenaustauschs über TTIP.^[9]

Zur Unterstützung der Verhandlungen von TTIP arbeitet EuroCommerce eng mit anderen großen Verbänden wie [BusinessEurope](#) oder [Eurochambres](#) zusammen.^[10]

Seitenwechsel von Neil McMillan: Von der britischen Regierung zu EuroCommerce

In einem Beitrag von Corporate Europe Observatory wurden verschiedene Seitenwechsler unter den TTIP-Lobbyisten vorgestellt, unter ihnen auch Neil McMillan, heute Direktor bei EuroCommerce für die Abteilung *Advocacy and Public Affairs*.^[11]

McMillan hatte verschiedene Rollen innerhalb der britischen Regierung inne, unter anderem als Direktor für EU interne Handelspolitik und als EU Direktor für die Handelsabteilung der britischen Regierung. Seine letzte offizielle Position war die des Direktors für europäische und globale Fragen. Hier bestand eine der Aufgaben darin, den Premierminister über die globalen und europäischen wirtschaftlichen Belange zu beraten.

2008 hat McMillan die britische Regierung verlassen und hat seit dem verschiedene Rollen übernommen, darunter die eines Beraters für EU Politik in der Lobby-Agentur [Brunswick Group](#), als [RWE](#)-Chef für politische Zusammenarbeit und Strategie und auch die Arbeit in seiner eigenen Beratungsfirma, Neil McMillan Consult. Seit Februar 2015 arbeitet McMillan für EuroCommerce und ist als Lobbyist in das EU-Transparenzregister eingetragen. In einem Interview mit CEO antwortet McMillan auf die Frage, ob es Überschneidungen zwischen seiner Arbeit bei EuroCommerce und seinen Tätigkeiten in der britischen Regierung gäbe: „None - none of my 13 jobs in the civil service dealt with the retail or wholesale sector“.^[12]

Weiterführende Informationen

- EuroCommerce im [Lobbyregister der EU](#)
- EuroCommerce bei [LobbyFacts](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

- ↑ [Lobbyfacts: EuroCommerce](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 26.1.2017
- ↑ [EU Transparenzregister](#), europa.eu, abgerufen am 26.1.2017
- ↑ [Said Business School. Retail and Wholesale: key sectors for the European economy](#). University of Oxford, independentretaileurope.eu, abgerufen am 26.1.2017
- ↑ [EuroCommerce: Policy Areas](#), eurocommerce.eu, abgerufen am 26.1.2017
- ↑ [Analyse von LobbyControl](#)
- ↑ [EU Transparenzregister](#), europa.eu, abgerufen am 26.1.2017
- ↑ [EuroCommerce: TTIP: A Good Deal for Europe](#), eurocommerce.eu, abgerufen am 26.1.2017
- ↑ [EU Kommission: Transatlantic Trade & Investment Partnership Stakeholder Presentation Event](#), europa.eu, abgerufen am 27.1.2017
- ↑ [EuroCommerce: TTIP: A Good Deal for Europe](#), eurocommerce.eu, abgerufen am 27.1.2017
- ↑ [BusinessEurope: Joint Statement – Business groups express their continued support for TTIP negotiations](#), businesseurope.eu, abgerufen am 27.1.2017
- ↑ [Corporate Europe Observatory: The revolving door - greasing the wheels of the TTIP lobby](#), corporateeurope.org, abgerufen am 27.1.2017
- ↑ [Corporate Europe Observatory: Interview mit Neil McMillan](#), corporateeurope.org, abgerufen am 27.1.2017

European Policy Centre

European Policy Centre

Rechtsform AISBL (nach belgischem Recht)

Tätigkeitsbereich Denkfabrik

Das **European Policy Centre** (EPC) ist eine Brüsseler Denkfabrik mit exzellenten Verbindungen zu EU-Institutionen. Mitglieder sind eine Reihe von Großunternehmen und Wirtschaftsverbänden. Das EPC kam 2010 in die Kritik, weil es in den 90er Jahren als Vorfeldorganisation einer von der Tabakindustrie angeführten Unternehmensallianz diente.

Strategische Partner sind die King Baudoin Foundation, die Mercator Stiftung und die Adessium Foundation. Zu den think tank Partnern gehört die [Deutsche Gesellschaft für](#)

[Auswärtige Politik](#), das [Centre for European Reform](#) und weitere nationale Denkfabriken ^[1]. Es ist weiterhin Teil des [Transatlantic Policy Network](#) (TPN).

European Policy Centre	
ch	
Gründungsdat	1997
um	
Hauptsitz	Brüssel
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Rue du Trône, 14-16, 1000 Brussels
Webadresse	http://www.epc.eu

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategie und Einfluss	29
2 Kurzdarstellung und Geschichte	30
3 Organisationsstruktur und Personal	30
3.1 Mitglieder	30
3.2 Präsident	31
3.3 Geschäftsführer	31
3.4 Verwaltungsrat	31
3.5 "General Assembly"	31
3.6 Beirat (Strategic Council)	32
4 Finanzen	35
5 Fallstudien und Kritik	35
5.1 Das EPC als Vorfeldorganisation für die Tabakindustrie	35
6 Weiterführende Informationen	36
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	36
8 Einzelnachweise	36

Lobbystrategie und Einfluss

Zu den Vorteilen einer Mitgliedschaft verweist das EPC u.a. auf den einzigartigen Zugang zu seinem Netzwerk von Organisationen sowie zu EU-Kommissar:innen, EU-Parlamentarier:innen, hochrangigen Vertreter:innen von EU-Institutionen und internationalen Organisationen, die regelmäßig bei den Veranstaltungen auftreten.^[2] Über seine Veranstaltungen und Publikationen nehme es Einfluss auf die Diskussionen zu Europa und die wichtigen Fragen, denen sich die EU konfrontiert sehe. Das EPC agiere als Katalysator für neues Denken und neue Lösungen. Viele Mitglieder des EPC sind Großunternehmen und einflussreiche Verbände, die über die genannten Kontaktmöglichkeiten ihre wirtschaftlichen Interessen bei der Ausgestaltung eines neuen Europa einbringen können. Zu den Großunternehmen gehören z.B. [BASF](#), [ExxonMobil](#), [Google](#) und [Siemens](#), zu den Verbänden [BusinessEurope](#), der [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#) (BDEW), [Cefic](#), [EuropaBio](#) und [DIGITALEUROPE](#).

Die Kontaktaufnahme zur EU wird auch dadurch erleichtert, dass ehemalige ranghohe Vertreter:innen von EU-Institutionen beim EPC mitwirken. So war der Präsident des EPC, Hermann Van Rompuy, Vorsitzender des Europäischen Rats. Fabio Colasanti, Mitglied der Generalversammlung, ist ein ehemaliger Generaldirektor

der Europäischen Kommission. Joaquin Almunia, Mitglied des Beirats, als auch des Vorstandes, war EU-Wettbewerbskommissar. 2020 hat das EPC ca. 240 Veranstaltungen organisiert, von denen der Großteil öffentlich waren und die, aufgrund der Corona-Pandemie, hauptsächlich online stattfanden. ^[3] Weiterhin erstellte das EPC 2020 101 Publikationen. Zudem haben sich Vertreter:innen des EPC insgesamt 57 Mal mit Mitgliedern der Europäischen Kommission getroffen. ^[4]

Kurzdarstellung und Geschichte

Lobbyismus in der EU



- [Überblick A-Z](#)
- [Lobbyismus in der EU](#)

Das EPC wurde 1997 von Stanley Crossick, Max Kohnstamm und John Palmer gegründet. Gründungsvorsitzender war der Lobbyist Stanley Crossick, u.a. Gründer des Belmont European Community Office und des Belmont European Policy Centre sowie Senior Vice-Chairman der American Chamber of Commerce (EC Committee). ^[5]

Das EPC analysiert Entwicklungen in der EU und erarbeitet Reformvorschläge, die sie Vertreter:innen der EU-Institutionen nahe bringt. Als Schwerpunktthemen werden genannt: „European Politics and Institutions“, „European Migration and Diversity“, „Europe in the World“, „Sustainable Prosperity for Europe“, Europes’s Political Economy“ und „Social Europe & Well-being“.

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder

Mitglieder: 333 (Stand: 01/2022), darunter

- 58 international tätige Großunternehmen
- 73 Verbände
- 61 Diplomaten
- 23 Stiftungen
- 4 Regierungsorganisationen
- 13 zwischenstaatliche Organisationen
- 49 Nichtregierungsorganisationen
- 34 regionale und lokale Regierungsorganisationen

- 6 religiöse Organisationen
- 2 Universitäten und
- das Internationale Komitee des Roten Kreuzes und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
- 8 Weitere

Quelle: ^[6]

Präsident

Präsident ist:

- Hermann Van Rompuy, ehemaliger Premierminister von Belgien (von 12/08 bis 11/09) und Vorsitzender des Europäischen Rats (von 12/09 bis 11/2014)

Geschäftsführer

Geschäftsführer („Chief Executive“/„Secretary to the General Assembly“) ist:

- Fabian Zuleeg, Executive Board [Transparency International EU](#) ^[7]

Verwaltungsrat

Mitglieder sind:

- David O'Sullivan, ehem. EU-Botschafter in den Vereinigten Staaten
- Rachel Barlow, stellvertr. Direktorin der 'Public affairs Europee' von Oxford HR
- Jim Cloos, Generalsekretär der Trans European Policy Studies Association und ehem. Generaldirektor für allgemeine und institutionelle Politik, Generalsekretariat des EU-Ministerrats
- Phillipe de Buck, leitender Unternehmensberater Hill+Knowlton Strategies
- Francoise Le Bail, ehem. Generaldirektorin der Generaldirektion Justiz und Verbraucher, [EU-Kommission](#)
- Susan Danger, CEO der American Chamber of Commerce to the EU
- Brigid Laffan, ehem. Direktorin des Robert Schumann Centre for Advanced Studies, European University Institute
- Stefan Schäfers, Leiter der Abteilung für Europäische Angelegenheiten der King Baudouin Stiftung
- Alexander Stubb, Direktor der School of transnational governance, European University Institute
- Nathalie Tocci, Direktorin des Istituto Affari Internazionali und Beraterin der ehem. Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini und Honorarprofessorin an der Universität Tübingen

Quelle: ^[8]

"General Assembly"

Mitglieder sind:

Zu den Mitgliedern gehören die sonstigen Mitglieder des Verwaltungsrats sowie fünf weitere Personen

- Poul Skytte Christoffersen, ehem. dänischer Botschafter in Belgien, ehem. Ständiger Vertreter Dänemarks bei der EU
- Fabio Colasanti, ehem. Generaldirektor der Europäischen Kommission für Information, Gesellschaft und Medien
- Luc Tayart de Borms, Geschäftsführer der King Baudouin Stiftung
- Conny Reuter, Globale Koordinateurin für Progressive Alliance
- Zeger Vercouteren, Vize-Präsident für Regierungsangelegenheiten und Politik im Raum Europa für Johnson&Johnson

Quelle: ^[9]

Beirat (Strategic Council)

Mitglieder, u.a.:

- | | |
|--|---|
| <p>Herman Van Rompuy
(Präsident)</p> | <ul style="list-style-type: none"> • TomorrowLab, Vorsitzender des Beirats^[10] • bis 11/2014 Präsident des Europäischen Rats • ehem. belgischer Premierminister |
| <p>Joaquin Almunia</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Centre for European Policy Studies (CEPS), Mitglied des Verwaltungsrats („Board of Directors“)^[11] • Friends of Europe, Mitglied des Kuratoriums („Board of Trustees“)^[12] • bis 2014 EU-Wettbewerbskommissar und Vizepräsident der EU-Kommission |
| <p>Lord Kerr of Kinlochard</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Royal Dutch Shell, 2005-2012 Stellv. Vorstandsvorsitzender • ehem. Botschafter Großbritanniens bei der EU |
| <p>Erika Mann</p> | <ul style="list-style-type: none"> • seit 10/2011 Facebook, Leiterin des Brüsseler Lobbybüros • ehem. Mitglied des Europäischen Parlaments für die SPD • Atlantic Council, Senior Fellow |
| <p>Jo Leinen</p> | <ul style="list-style-type: none"> • SPD, Mitglied des Europäischen Parlaments |
| <p>Lionel Barber</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Financial Times, ehem. Herausgeber |
| <p>Wolfgang Schüssel</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Bertelsmann Stiftung, Mitglied des Kuratoriums • European Council on Foreign Relations (ECFR), Mitglied • ehem. österreichischer Bundeskanzler |
| <p>Hendrik Bourgeois</p> | <ul style="list-style-type: none"> • [Apple], Direktor für Strategie und Politik in Europa und Russland |

Mitglieder, u.a.:

- Elizabeth Collett • International Organization for Migration, Sonderberaterin des Generaldirektorats
- Marta Dassù • Aspen Instituts, Direktorin für Europangelegenheiten
• Zeitschrift Aspenia, Chefredakteurin
- Catherine Day • **EU-Kommission**, ehem. Generalsekretärin
- Monica Frassoni • Europäischen Zentrums für Wahlunterstützung, Präsidentin
• European Alliance to Save Energy, Präsidentin
- Anthony L. Gardner • ehem. Botschafter der Vereinigten Staaten bei der Europäischen Union
- Heather Grabbe • Open Society European Policy Institute, Direktorin
- Shada Islam • Beraterin in den Bereichen Asien, Afrika und internationaler Handel
- Arancha González Laya. • Wise Persons Group on Challenges Facing the Customs Union der **EU-Kommission**, Vorsitzende
• ehem. Ministerin für Außenpolitik, EU und Zusammenarbeit Spaniens
- Hywel Ceri Jones • EPC, ehem. Vorsitzender
• Mitglied der Beratungsgruppe in Europaangelegenheiten der Regierung von Welsh
- Jean Claude Juncker • ehemaliger Präsident der **EU-Kommission**
- Gerald Knaus • European Stability Institute, Vorstand
- Brigide Laffan • Robert Schumann Centre for Advanced Studies (European University Institute), ehem. Direktorin
- Antonio Missiroli • NATO, Stellvertretender Generalsekretär für aufkommende Sicherheitspolitische Herausforderungen
- Anand Menon • Professor für Europäische Politik und Außenpolitik am Kings's College, London
- Federica Mogherini • ehem. Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik
- Almut Möller • European Council on Foreign Relations, ehem. Leitung des Berliner Büros

- John Palmer
 - EPC, politischer Geschäftsführer
- Kristina Persson
 - Denkfabrik Global Challenge, Gründerin
 - ehem. Schwedische Ministerin
 - ehem. Mitglied des [EU-Parlaments](#)
- Jean-Claude Piris
 - ehem. Generaldirektor des Juristischen Dienstes der Europäischen Union
- Janez Potočnik
 - ehem. Europäischer Kommissar für Umwelt
- Jana Puglierin
 - [European Council on Foreign Relations](#), Leitung des Berliner Büros
- Conny Reuter
 - Progressive Alliance, Globale Koordinatenerin
- Verena Ringler
 - European Commons, Gründerin und Direktorin
- Mario João Rodrigues
 - Ehem. Mitglied des [EU-Parlaments](#)
 - Professorin für Wirtschaft an der Universität Lissabon
- Dennis Sammut
 - Stiftung LINKS, Direktor
- André Sapir
 - Professor für Wirtschaft am European Center for Advanced Research in Economics and Statistics (ECARES), Université libre de Bruxelles (ULB)
- Wolfgang Schüssel
 - ehem. österreichischer Bundeskanzler
- Daniela Schwarzler
 - Open Society Foundation, Direktorin für Europa und Eurasien
- Peter Semneby
 - ehem. EU-Sonderbeauftragter für den Südkaukasus
- Constanze Stelzenmüller:
 - Brookings Institut, Senior Fellow für Außenpolitik und Zentrum der Vereinigten Staaten und Europa
- Rita Süßmuth
 - ehem. Präsidentin des Deutschen Bundestages
- Pawel Swieboda
 - Human Brain Project, Generaldirektor und Gründer

Mitglieder, u.a.:

Nathalie Tocci	<ul style="list-style-type: none">• Istituto Affari Internazionali, Direktorin• Beraterin der ehem. Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini• Honorarprofessorin an der Universität Tübingen
Loukas Tsoukalis	<ul style="list-style-type: none">• Professor an der Paris School of international Affairs für Sciences Po• Hellenic Foundation for European and Foreign Policy (ELIAMEP), Präsident
Baron Frans van Daele	<ul style="list-style-type: none">• ehem. Leiter des Kabinetts des belgischen Königs• ehem. Botschafter für Belgien in der EU
Jean-Charles van den Branden	<ul style="list-style-type: none">• Unternehmensberatung Bain & Company, Partner
Jordi Vaquer	<ul style="list-style-type: none">• Open Society Foundations Regionaldirektor für Europa
Zeger Vercouteren	<ul style="list-style-type: none">• Johnson&Johnson , Vize-Präsident für Regierungsangelegenheiten und Politik im Raum Europa

(Stand: Januar 2022) Quelle: ^[13]

Finanzen

Das Budget lag im Jahr 2020 bei 3,3 Mio Euro. Die größten Beiträge kamen von der King Baudouin Stiftung, der Stiftung Mercator, dem europäischen Förderprogramm „Europe for Citizens“ und der Adessium Stiftung. Eine Liste der Förderer, die 2019 5000 Euro oder mehr gespendet haben, findet sich hier. ^[14] Die Lobbyausgaben lagen im Jahr 2020 zwischen 2,5 bis 2,75 Mio Euro. ^[15]

Quelle: ^[16]

Fallstudien und Kritik

Das EPC als Vorfeldorganisation für die Tabakindustrie

Eine Allianz von Großunternehmen und Wirtschaftsverbänden setzte in den 1990er Jahren durch, dass europäische Gesetze vorab auf ihre ökonomischen Kosten untersucht und dabei vor allem die betroffenen Branchen gehört werden sollten. Damit sollte der Ablauf des europäischen Gesetzgebungsverfahrens prinzipiell so gestaltet werden, dass die eigenen Interessen möglichst gut zur Geltung kommen. Die strategische Allianz von Großunternehmen und Wirtschaftsverbänden wurde von dem Lucky Strike-Hersteller **British American Tobacco** (BAT) ins Leben gerufen.

Um die Glaubwürdigkeit der Lobbykampagne zu erhöhen, sollte nicht BAT selber, sondern eine möglichst renommierte „Frontorganisation“ die Initiative ergreifen. Ausgewählt hierfür wurde das European Policy

Centre (EPC) als Brüsseler Denkfabrik mit exzellenten Verbindungen zur EU-Administration. EPC wiederum gründete im Auftrag von BAT das „risk assessment forum“, das als Plattform für Unternehmen gedacht war, die von staatlicher Regulierung besonders betroffen sind. Dieses Vorgehen wurde durch eine Studie in der Medizinzeitschrift "Public Library of Science" im Januar 2010 bekannt. EPC sagte nach dem Erscheinen, das EPC habe sich seitdem grundlegend umstrukturiert.^[17]

Weiterführende Informationen

- [Immer erst die Industrie fragen](#), LobbyControl-Blog vom 23.03.2010 zu der Studie über EPCs Tätigkeit als Frontgruppe der Tabakindustrie in den 90er Jahren

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [think-tank-partners](#), epc.eu, abgerufen am 21.01.2022
2. ↑ [EPC's international membership](#), epc.eu, abgerufen am 24.01.2022
3. ↑ [EU-Transparenzregister](#), europa.eu, abgerufen am 24.01.2022
4. ↑ [EU-Transparenzregister](#), europa.eu, abgerufen am 24.01.2022
5. ↑ [Corporate Europe Observer Part One: The European Policy Centre](#), archive.corporateeurope.org 23.10.1998, abgerufen am 27.01.2022
6. ↑ [Jahresbericht EPC 2020](#), abgerufen am 27.01.2022
7. ↑ [Transparency International EU](#), abgerufen am 27.01.2022
8. ↑ [Governing Structures](#), epc.eu, abgerufen am 27.01.2022
9. ↑ [Generalversammlung](#), epc.eu, abgerufen am 27.01.2022
10. ↑ [Management Advisory Board](#), tomorrowlab.com, abgerufen am 27.01.2022
11. ↑ [CEPS Board of Directors](#), ceps.eu, abgerufen am 28.01.2022
12. ↑ [Board of Trustees](#), friendsofeurope.org, abgerufen am 27.01.2022
13. ↑ [Strategic Council Webseite EPC](#), abgerufen am 28.01.2022
14. ↑ [Contributions Webseite EPC](#), abgerufen am 01.02.2022
15. ↑ [Lobbying Costs](#) Lobbyfacts EU, abgerufen am 03.02.2022
16. ↑ [Financing Webseite EPC](#), abgerufen am 01.02.2022
17. ↑ [Immer erst die Industrie fragen](#), LobbyControl-Blog vom 23.3.2010, abgerufen am 01.02.2022

European Internet Foundation

Weiterleitung nach:

- [European Internet Forum](#)